



TARIFVERHANDLUNGEN

Tarifrunde 2013

Wie erwartet hatten die Arbeitgeber auch zur 2. Verhandlungsrunde am 14. 2. 2013 kein ausreichendes Angebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes der Länder auf den

richt anerkannt, dass auch die Angestellten in diesen Bereichen ein Streikrecht haben und die Gewerkschaften auch diese sicherheitsrelevanten Dienststellen in den Warn- oder Erzwingungsstreik führen

auch mittels bereitgestellter Busse anreisen. Da uns die ersten Sonnenstrahlen des Jahres begleiteten, haben wir, bei allem Frust über die Unbeweglichkeit der Arbeitgeber, den Tag im Kreis von 12 000 gleichgesinnten Demonstranten genossen. Am 7. 3. fuhren wir mit unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum Kongresshotel Potsdam am Templiner See. Dieses war Treffpunkt für die 3. Verhandlungsrunde. Einmal mehr haben wir dort den Gewerkschaftsführern, aber auch und vor allem den Vertretern der Arbeitgeberseite vor Augen geführt, dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für ihre berechtigten Forderungen einstehen und auch vor Streiks nicht zurückschrecken.



12 000-facher Ruf nach besserer Bezahlung: GdP ganz vorne mit dabei! Foto: Silvia Brinkhus

Verhandlungstisch gelegt. Die Runde ging ergebnislos zu Ende. Die beteiligten Gewerkschaften berieten daraufhin in ihren Gremien, wie den Verhandlungen neuer Schwung eingehaucht werden könnte. Schnell wurde klar: Durch gezielte Maßnahmen müssen die Gewerkschaften den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen. In allen Bundesländern, mit Ausnahme von Hessen, wurden Warnstreiks angekündigt, geplant und dann auch unter großer Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder und Unterstützer durchgeführt. Auch wir in Berlin haben uns in den Reigen eingefügt und Druck auf die Arbeitgeber aufgebaut. Für den 6. und 7. 3. hatte die Gewerkschaft der Polizei Berlin unterschiedlichste Bereiche in den Warnstreik gerufen. Es galt, die Tarifbeschäftigten in der Bußgeldstelle, in den Direktionen 1 bis 6, in den Werkstätten der Berliner Feuerwehr, beim ZOS, beim Gef, im LABO sowie in den Bezirks- und Ordnungsämtern zu mobilisieren.

Dank unserer gemeinsam gesammelten Erfahrungen aus den Jahren 2007/2008 wussten die Mitglieder der Landes- und der örtlichen Streikleitungen genau, was zu tun ist. Allen Helfern und Unterstützern soll an dieser Stelle gedankt sein! Sie haben alle ihre Frau/ihren Mann gestanden und zugewinkt, wenn es darauf ankam.

Für die Bereiche ZOS und Gef mussten Notdienstvereinbarungen geschlossen werden. Zwar hatte bereits 2008 ein Ge-

richt anerkannt, dass auch die Angestellten in diesen Bereichen ein Streikrecht haben und die Gewerkschaften auch diese sicherheitsrelevanten Dienststellen in den Warn- oder Erzwingungsstreik führen können, doch sah das Gericht auch eine Verpflichtung der Gewerkschaften, Notdienstverhandlungen zu führen. Auf Einladung der Polizeibehörde fanden diese daher am 28. 2. 2013 statt. Zu Beginn tauschten beide Seiten ihre jeweilige Sicht der Dinge aus. Klar, dass die Behörde am liebsten alle Positionen mit den ausgefuchsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von ZOS und Gef besetzt gesehen hätte. Genauso klar war aber auch, dass die GdP die Ansicht vertrat und vertritt, dass es nicht notwendig ist, für einen nur auf eine Schicht angesetzten Warnstreiktag einen Notdienst einzurichten. Nachdem sich die Parteien jeweils eine Auszeit zur weiteren Abstimmung und Vorgehensweise genommen hatten, wurde ein tragfähiger Kompromiss gefunden.

Gegenüber 2008 konnten wir die Zahl der zum Notdienst zu verpflichtenden Kolleginnen und Kollegen um mehr als 20 Prozent senken. Damit konnten theoretisch fast alle gewerkschaftlich organisierten an den Warnstreiks teilnehmen. Dementsprechend groß war die Zahl derer, die dem Aufruf der GdP Berlin folgten. Am ersten Tag gingen 450 und am darauffolgenden Tag erneut mehr als 100 Mitglieder für ihre Sache auf die Straße. Unter dem Motto „Wir sind mehr wert“ fand am 6. 3. eine Großdemonstration in Potsdam statt, zu der unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach ihrer Streikregistrierung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, aber

Dann: Tarifeinigung in der 3. Verhandlungsrunde. Am Morgen des 9. 3. wurde schließlich ein Tarifergebnis erzielt: 2,65 Prozent rückwirkend ab 1. 1. 2013, weitere 2,95 Prozent ab 1. 1. 2014 – dies bei einer Laufzeit von 24 Monaten. Und was besonders positiv zu bewerten ist: 30 Urlaubstage für alle. Für Berlin gilt das Tarifergebnis 2013 unter Berücksichtigung des Anwendungstarifvertrages mit einer zeitlichen Verschiebung von drei Monaten ab 1. 4. 2013. Zu diesem Zeitpunkt wird der Abstand der Berliner Tabellen zu denen der übrigen Länder um 0,5 Prozent reduziert. Das heißt, die Bezugswerte steigen von 97 auf 97,5 Prozent, ab 1. 1. 2014 dann auf 98 Prozent. Die Tarifierhöhungen ab 2014 werden ohne zeitliche Verschiebung auch in Berlin wirksam. Der Ausgang der Tarifrunde ist die richtige Antwort auf die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften. Mit dem erzielten Anspruch auf 30 Urlaubstage für alle trägt das Ergebnis auch den steigenden Arbeitsbelastungen im Öffentlichen Dienst Rechnung.

Zuletzt ein Hinweis zur Streikgeld-Abrechnung für die Warnstreiktage 6. und 7. 3. 2013:

Die Streikgelder werden in Höhe des nachgewiesenen Nettoabzuges erstattet. Dafür müssen die Streikregistrierten eine Kopie der Gehaltsmitteilung, aus der der Abzug hervorgeht, entweder über ihre Bezirksgruppe oder direkt an die Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin, schicken. Die Erstattung erfolgt dann auf das in der Mitgliederverwaltung hinterlegte Konto.

Dieter Großhans



TARIFVERHANDLUNGEN

Nachbetrachtung zum Warnstreik am 6. März 2013 in Potsdam

Da die Arbeitgeberseite bis dato kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt hatte, war es an der Zeit, unsere Entschlossenheit öffentlich darzulegen. Deshalb rief die GdP ihre Mitglieder am 6. März 2013 zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Treffpunkt war im Leuschneraal (DGB-Haus) an der Keithstraße. Nachdem die Streikhelfer eingewiesen worden waren, nahmen wir unser Equipment und luden alles in die bestellten Busse, die pünktlich vor Ort waren. Nach einer kurzweiligen Fahrt, während der sich die Streikenden mit dem einen oder anderen lange nicht gesehenen Kollegen ausgiebig austauschten, erreichten wir unse-

ren Sammelplatz, den Lustgarten in Potsdam. Der Wettergott meinte es gut mit uns: Die Sonne schien und trug somit erheblich zur guten Stimmung bei. Auf der bereitgestellten Bühne wurden wir mit Musik unterhalten, bis der Vorsitzende der GdP in Brandenburg, Andreas Schuster, eine Rede hielt, die den Nerv der Kollegen genau traf. Seine Ausführungen wurden des Öfteren durch tosenden Beifall unterbrochen. Im Anschluss sammelten wir uns und reihten uns in den schier endlosen Demonstrationenzug von GEW und ver.di ein, um gemeinsam zum Luisenplatz zu marschieren. Dort nahmen wir an der Abschlusskundgebung teil. Wie schon zuvor wurden auch hier die Redner mehrfach durch wiederholten Applaus unterbrochen. Nach etwa einer Stunde war die Veranstaltung beendet und wir fuhren zurück nach Berlin. Wie es hieß, waren rund 12 000 Menschen zur Kundgebung in Potsdam gekommen. Alles in allem wurde der Tag von der Mehrheit der



Auftakt dritte Tarifrunde vor Kongresshotel Potsdam am Templiner See.

Foto: Dieter Großhans

Kollegen positiv bewertet, denn wir hatten noch einmal sehr deutlich unsere Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht.

Zuletzt möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass die Kollegen der Brandenburger Polizei den Ablauf des Tages mit großer Professionalität gemeistert haben. Dafür unser Dankeschön!

**Andreas Brunn,
Gewerkschaft der Polizei
Bezirksgruppe Direktion
Zentrale Aufgaben**

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 1. 3. 2013.

POLIZEIFÜHRUNG

Erstes Treffen



Polizeipräsident Klaus Kandt und GdP-Landesbezirksvorsitzender Michael Purper
Foto: GdP

Im Februar trafen sich der neue Polizeipräsident Klaus Kandt und der GdP-Landesbezirksvorsitzende Michael Purper zu einem ersten Gespräch. In entspannter Atmosphäre wurden u. a. die Themen Stellenplanobergrenzen, Haushaltseinsparungen, Nachwuchs, BMo, ELZ, Arbeitszeiten, ZOS/Gef und die Beamtenbesoldung angesprochen. Beide Teilnehmer waren sich einig, dass die anstehenden Aufgaben in der Berliner Polizei perspektivisch und für alle Betroffenen akzeptabel gelöst werden müssen.



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (Vi.S.d.P.)
Handy-Nr. 01 72/7 51 38 22
E-Mail: micha.laube@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



BERLINER FEUERWEHR

„So viel zum Thema Vertrauen“ Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin empört Feuerwehrleute

Freude sieht anders aus. Als die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin am 22. Februar 2013 Hauptbrandmeister Michael G. die stolze Summe von knapp 19 000 Euro zusprach, sprang er vor Begeisterung nicht gerade vom Stuhl. Er blieb sitzen. „Was ist schon Geld?“, kommentierte das langjährige GdP-Mitglied den Geldsegen. „Mir wäre lieber gewesen, nicht durch den Druck, die 24-Stunden-Dienste und die von uns abverlangten Überstunden krank zu werden. Mich hat das kaputtgemacht. Das Geld würde ich liebend gerne eintauschen für mehr Freizeit damals, in den Jahren nach der Jahrtausendwende.“ Er sei geschockt gewesen, so der Feuerwehrmann, als er nach einer längeren, krankheitsbedingten Auszeit seine Kolleginnen und Kollegen wiedersah. „Die hatten tiefe Ringe unter den Augen und sahen alle aus wie tot“, schüttelt der Feuerwehrmann den Kopf. „Wenn die Gewerkschaft nicht wäre, hätten wir heute noch die 55-Stunden-Woche. Das ist zum Glück vorbei. Genau genommen sind 48 Stunden noch zu viel, aber wir sind trotzdem froh, weil es der Weg in die richtige Richtung ist.“

Dass sich das Land, sein Dienstherr, so kleinlich zeigte und die aufgelaufenen Überstunden nicht bezahlt hat, kann Michael G. genauso wenig verstehen wie seine Kolleginnen und Kollegen. Das ist ihnen vor allem deshalb unverständlich, weil das Land nach einer Richtlinie der EU schon 2001 hätte reagieren und die Höchstarbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche begrenzen müssen. Die Anhäufung der Überstunden wäre also vermeidbar gewesen. Doch bekanntermaßen machte Berlin auf „toter Käfer“, ignorierte die Vorgaben der EU und setzte die Arbeitszeitrichtlinie am Ende erst 2008 auf Druck der Klagen der Kollegen durch.

Laut Europäischem Gerichtshof stellte dieses „Nichtstun“ eine Pflichtverletzung des Landes dar, die nun zu entgelten sei. Im Normalfall hätten die Überstunden per Freizeitausgleich abgegolten werden müssen, doch aufgrund der Masse der Fälle (betroffen sind rund 3000 Einsatzkräfte der Feuerwehr) hätte dies die Feuerwehr lahmgelegt, sie handlungsunfähig gemacht. Folglich müsse es wegen dieser besonderen Situation eine finanzielle Ent-

schädigung geben, urteilten die Richter. Doch wieder ruhte still der See. Erst als das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dieses Urteil aus Brüssel in Gänze bestätigte und zahlreiche Feuerwehrleute zwischen 2006 und 2012 mithilfe ihrer Gewerkschaft, der GdP, den Klageweg beschritten, regte sich das Land. Und nun, ein gutes Jahrzehnt später, fließt das Geld. Dies aber lediglich für die Jahre 2004 bzw. 2005 bis 2008. Für Anträge vor dieser Zeit gilt: Der Anspruch ist verjährt.



Foto: GdP

Da sind die Feuerwehrleute jedoch anderer Meinung, allen voran Hauptbrandmeister Michael G. Er war 2001 unter den Ersten, die bei ihrem Dienstherrn einen Antrag auf Mehrarbeitszeitvergütung stellten. Der Eingang des Schreibens wurde ihm bestätigt, dann herrschte Schweigen. Jahrelang geschah – nichts. Dann klagte Michael G., unterstützt durch die GdP. Einen Teil seines Geldes hat ihm das Verwaltungsgericht Berlin jetzt wie gesagt Ende Februar zuerkannt, doch was fehlt, sind die Jahre ab 2001.

Einen diesbezüglichen Anspruch sprach die 5. Kammer des Gerichts Michael G. und weiteren sechs Kollegen am 22. Februar jedoch ab. Sie hätten damals keinen schriftlichen Widerspruch eingelegt, sondern lediglich einen Antrag auf Mehrarbeitszeitvergütung gestellt. Das reiche nicht. Ein Antrag mache nur auf etwas aufmerksam, ein Widerspruch dagegen bedeute, etwas nicht zu akzeptieren. Eine einfache Eingangsbestätigung der Behörde sei darüber hinaus kein Anlass, darauf zu vertrauen, dass der Dienstherr tatsächlich auch aktiv wird. Vielmehr hätten die

Betroffenen selbst nachhaken und eher klagen müssen, um eine Verjährung der Ansprüche zu vermeiden.

„So viel zum Thema Vertrauen“, rief ein Feuerwehrmann aus dem Zuschauerraum, als der Vorsitzende Richter diese Auffassung der Kammer erläuterte. Zustimmung des Gemurmel. Auch Michael G. war tief enttäuscht. Dem Schreiben, das die Behörde ihm zurückgeschickt hatte, hatte er entnommen, dass er nichts weiter machen müsse als zu warten. „Ich verstehe die Rechtsprechung des Gerichts nicht. Wie soll jemand wie ich, der kein Jurist ist, auf die Idee kommen, Schritte einzuleiten, wenn im Eingangsschreiben der Behörde steht, dass sie erst Gerichtssachen klären muss?“

Da warte ich doch ab, was sonst? Ich finde, die Richter schauen heute nur noch auf ihre Paragraphen und nicht mehr auf das Leben. Sie sollten sich besser damit beschäftigen, was 2001/2003 los war, wie die Umstände waren damals, wie wir quasi auf dem Zahnfleisch gingen. Außerdem: Als Beamter ist man der Wahrheit verpflichtet und ich muss mich auf das Wort eines Beamten verlassen können. Genau das habe ich getan, als ich die Antwort meines Dienstherrn bekam. Nach dem Spruch des Gerichts bin ich mir nicht mehr so sicher, ob Vertrauen noch etwas gilt.“

Gemeinsam mit drei weiteren Kollegen will Michael G. das Urteil nicht hinnehmen und mit Unterstützung der GdP vor die nächste Instanz ziehen, das Oberverwaltungsgericht Berlin.

GdP-Anwalt Joachim Tetzner rechnet sich durchaus Chancen aus. Seiner Rechtsauffassung nach hat das Land diesen Antragstellern mit dem Antwortschreiben tatsächlich zu verstehen gegeben, dass sie keine Rechtsmittel einlegen müssten. Niemand könne von „Otto Normalverbraucher“ erwarten, dem kein Vertrauen zu schenken. Der Einwand der Verjährung wäre dann, so Tetzner, rechtsmissbräuchlich.

Ob er bei einem neuen Verfahren unterm Strich noch einmal Geld bekommt, ist für GdP-Mitglied Michael G. zweitrangig. Klagen will er in erster Linie aus Solidarität zu seinen Kollegen.

Silvia Brinkhus,
Pressesprecherin GdP Berlin



15 Jahre Berliner Modell

... was zuerst im Polizeijargon „Initiative zur verstärkten Einbindung der Schutzpolizei in die Kriminalitätsbekämpfung“ hieß, wurde später in Berliner Modell (BMo) umbenannt und ist den Kolleginnen und Kollegen unter diesem Namen zum Begriff geworden.

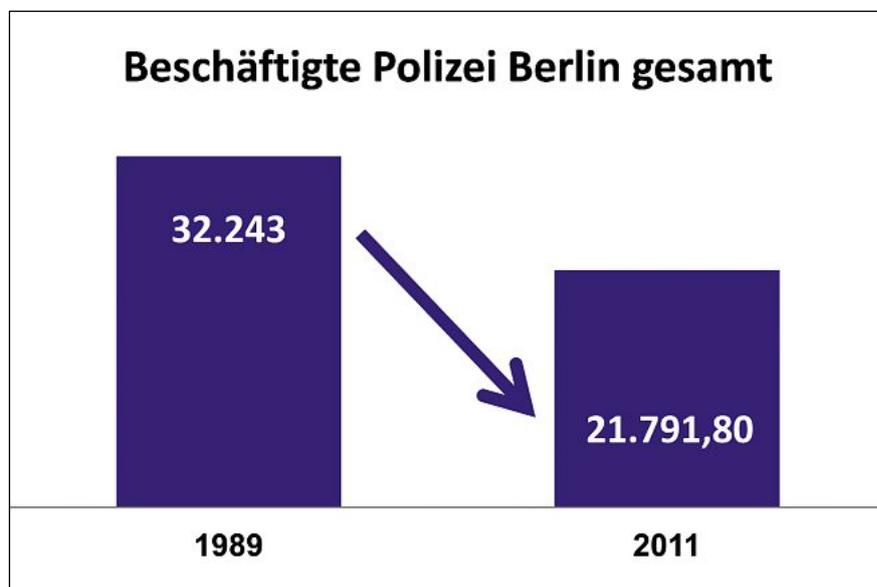
Am 9. Februar 1998 ging das BMo in der Polizeidirektion 5 (damals nur Neukölln und Kreuzberg) in den Probelauf. Zwei Tage später erhielten die Medienvertreter Gelegenheit, sich mit dem neuen Konzept vertraut zu machen, als es vom damaligen Polizeipräsidenten in Berlin, Hagen Saberschinsky, vorgestellt wurde. Hauptziele des BMo-Konzeptes waren u. a. die „Flexibilisierung der Arbeitszeit, Effizienzsteigerung bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie Freisetzung von ca. 350 bis 400 Mitarbeiter/-innen der Kriminalpolizei. Darüber hinaus sollten Dezentralisierung, Bürgerfreundlichkeit sowie Bürgerorientierung“ künftig eine größere Rolle spielen. Der Ausbau der Zweigeteilten Laufbahn war eine wesentliche Forderung der GdP. Ein Grundpfeiler des Konzeptes sah vor, dass der Kontaktbereichsdienst und die Vorgangsbearbeitung Verbrechensbekämpfung (VoB VB) aufgelöst und mit den Wachvierteln zu Dienstgruppen (DGr) verschmolzen werden. Von nun an sollte nahezu jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter der DGr **alles** können: Vorgänge bearbeiten, Vernehmungen durchführen, Tatortspuren erkennen und sichern, eilbedürftige und nicht-eilbedürftige Aufträge erledigen sowie die anfallenden Nebentätigkeiten wie die Zielvereinbarungen/-vorgaben (ZV) erfüllen oder die Präventionsarbeit intensivieren. Weitere, größtenteils unvorhersehbare und zunehmende Schwerpunkte der Abschnittskräfte sind Dienste in Alarmhundertschaften (AHu), Direktionskommandos (DirKdo), als Verkehrsposten (VP), in Objektschutzmaßnahmen (OS) ... u. v. m. Wir benötigen keine Fachidioten, wurde von nicht wenigen Vorgesetzten oft erklärt, sondern Allrounder. Aber ist dies nicht konträr zur PDV 100 Pkt. 1.5.1.3 Abs. 2? Es gab noch weitere Schwerpunkte des BMo. Zum Beispiel diesen: Jede Dienstgruppenmitarbeiterin und jeder -mitarbeiter sollte außerhalb der Dienstgruppenleitung (DGL) Vorgänge in der sogenannten *Einhandbearbeitung* erledigen, soweit sie/er örtlich und sachlich zuständig ist und ihr/ihm die Vorgänge zugewiesen

wurden. Das bedeutete nichts anderes, als dass die Anzeigenaufnahme, Sachbearbeitung und Abgabe an die Amts- bzw. Staatsanwaltschaft durch eine Polizeidienstkraft der Schutzpolizei erfolgen sollte. Frei nach dem Motto: *One Face to the Customer*. Um die Abschnittskräfte gerecht beurteilen zu können, wurde die Sachbearbeitung ins Anforderungsprofil aufgenommen und dort manifestiert.

Doch festzuhalten ist, dass der Anteil der Vorgänge, die in der DGr in Einhandbearbeitung bearbeitet werden,

digung oder Dolmetscherabrechnung entstehen. Beispiele dafür sind Sexualdelikte (LKA) oder eine Bedrohung oder Körperverletzung im Rahmen der „Häuslichen Gewalt“ (Abschnitt).

Zur Effizienzsteigerung sollte es im Rahmen des BMo eine rechnergestützte Sachbearbeitung vor Ort sowie einen „Rund-um-die-Uhr-Service“ geben. Doch die teuren und in mühevoller Fleißarbeit in die VW-„Bulli“-Funkstreifenwagen (FuStw) installierten Laptops und Drucker wiesen technische Probleme auf.



Quellen: Die Polizei 2002, „Das Berliner Modell der Polizei (BMo)“, <http://www.berlin.de/polizei/bezirk/>, http://www.welt.de/regionales/berlin/article_758259/Polizei-will-Zahl-der-Wachen-reduzieren.html

Grafik: Enrico Strencioch

deutlich unter 50% liegt. Erhebliche Unterschiede in der BMo-Sachbearbeitung gibt es auch heute von Abschnitt zu Abschnitt und sogar von Dienstgruppe zu Dienstgruppe. Was bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger? Sie haben oftmals weiterhin mit zwei oder mehreren Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern bei der Polizei zu tun. Das Prinzip des „One Face to the Customer“ greift also nicht zwingend. Nehmen wir beispielsweise das LKA, das einen Vorgangsvorbehalt besitzt. Dies kann dazu führen, dass Geschädigte, Zeugen, Dolmetscher und Tatverdächtige in einem Vorgang zu unterschiedlichen Delikten vorgeladen und vernommen werden, und zwar sowohl vom LKA als auch vom Abschnitt. Dadurch können der Polizei doppelte Kosten für die Zeugenentschä-

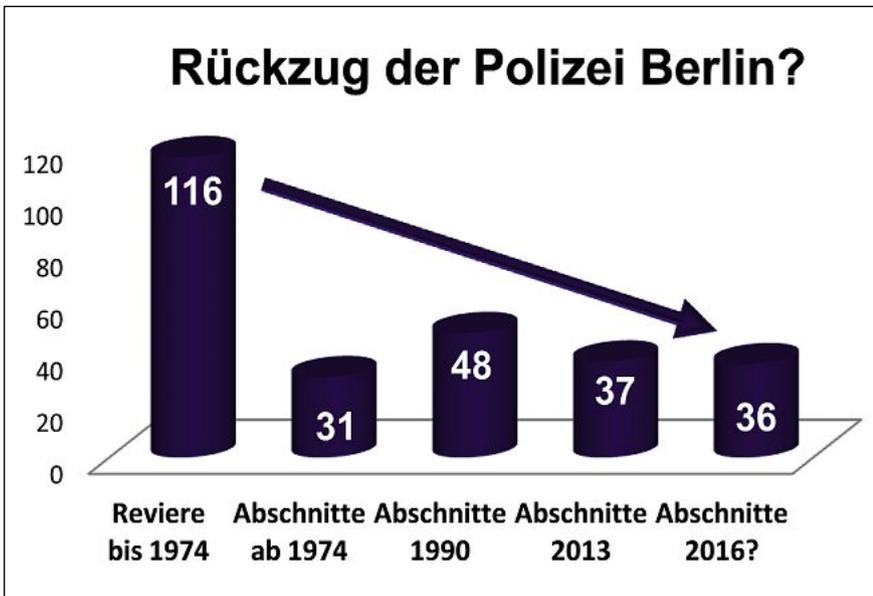
Zum anderen hieß es, dass einige der Beschäftigten mit der neuen Technik nicht umzugehen verstünden ... Beides trug nicht zur Effizienzsteigerung bei.

Rückblick: Die Abschnittskräfte der Direktion 5 wurden für das BMo „sehr schlecht (...) vorbereitet“, sagte nach dessen Einführung Kriminaldirektorin Ursula Falkenstern. Der LtpD Klaus Karau, damals Leiter der Direktion 5, sprach 1999 im Abgeordnetenhaus über den Probelauf des BMo und setzte die *Ausbildungsmisere* in diesem Zusammenhang schon als bekannt voraus. 124 von ca. 850 Dienstgruppenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern durchliefen dann sogar eine *vierwöchige Nach-Beschulung*. Einige Berliner Staatsanwälte bemängelten später die unbefriedigende Qualität der auf den Abschnitten bear-



BERLINER MODELL

Modell mit Zukunft – oder Auslaufmodell?



Quellen: <http://www.berlin.de/polizei/wir-ueber-uns/historie/gegenwart.html>, *Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen, Pauschale Gesundheitsquoten im unmittelbaren Landesdienst Berlin 2011, Zahl der durchschnittlich Beschäftigten*

beiteten Vorgänge. Im Ergebnis wurden die nachfolgenden Direktionen danach besser beschult.

Für die FuStw mit den neuen, „stationär“ befestigten Laptops und Druckern, gab es – im Gegensatz zur Feuerwehr – keine beheizten Stellplätze. Weder die Akkus noch die Geräte konnten offenbar den extremen Temperaturschwankungen auf den Fahrzeugen von bis zu –15/+45 Grad Celsius standhalten. Hätte hier möglicherweise ein Blick in die Bedienungsanleitung der Geräte geholfen? Wie auch immer. Klar wurde: Die rechnergestützte Sachbearbeitung oder Anzeigenaufnahme vor Ort, als weiterer Stützpfiler des BMo, war mit den FuStw nicht länger möglich. Also wurden die Rechner samt Zubehör aus den Fahrzeugen wieder entfernt und anderen In-house-Dienststellen (z. B. der Kripo) zur Verfügung gestellt. Die DGr besaßen jeweils ein bis zwei Geräte, die noch eine Zeit lang genutzt wurden, bis auch diese eines Tages von den Abschnitten verschwanden.

In einer Untersuchung, die die Unternehmensberatung „Mummert & Partner“ im Auftrag der Polizei Berlin durchführte, war festgestellt worden, dass Laptops in Funkwagen – im Vergleich zum Einsatz in den DGr –, nicht *unbeträchtliche Einsparmöglichkeiten* böten. Da-

raufhin wurden 253 Laptops für die Direktionen und Abschnitte angeschafft, die sich im Probelauf befanden. Die geplante 100%ige Technik-Ausstattung in der Direktion 5 blieb allerdings unerfüllt. Ähnlich wie die Hoffnung auf mehr Personal ...

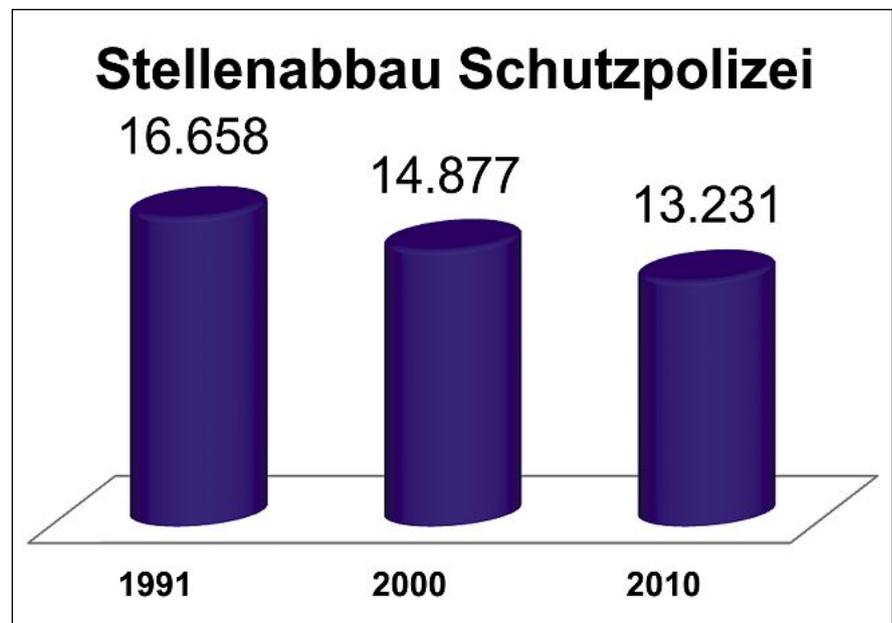
Ein weiterer Punkt im BMo-Konzept lautete: **Mehr Grün auf der Straße – mit qualifizierten Arbeitsinhalten.**

Rückblick: Im Jahr 1974 gab es in Westberlin eine große Polizeireform. Neben dem Wechsel von der blauen zur grünen Uniform zog sich die Polizei mit ihren Revieren aus der Fläche zurück. Gab es vor dieser Reform noch 116 Reviere, waren es danach 31 Abschnitte. Die Wiedervereinigung der BRD mit der DDR erhöhte die Anzahl der Abschnitte auf insgesamt 48 in Berlin.

Als die Landespolitik dann zur Wendezeit eine effektivere und effizientere Berliner Polizei forderte, brachte dies einen weiteren Rückzug der Polizei aus der Fläche mit sich. Derzeit verfügt die Berliner Polizei über 37 Abschnitte, das aktuelle Ziel lautet: 36. Das Abgeordnetenhaus hat sich demnach offenbar gegen das Schutzbedürfnis der Bevölkerung und das der Millionen von Berlin-Touristen entschieden. Trotz der vorhersehbaren Mehrbelastung wurden die Planstellen erheblich **reduziert**, siehe Grafik.

Teil zwei in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Polizei“. Hinweise an: 15-Jahre-BMo@web.de.

*Enrico Strencioch,
Vertrauensmann der Gewerkschaft
der Polizei*



Quelle: *SenInnSp III B*

Grafiken: *Enrico Strencioch*



VERABSCHIEDUNG

Danke Bernhard!

Bernhard Schmidt ist seit dem 1. 3. 2013 Pensionär

Am 28. 2. 2013 erhielt Bernhard Schmidt vom Direktionsleiter der Dir ZA, Herrn DPPr Michael Wilhelm, die Ruhestandsbescheinigung mit den Worten: „Bernhard, du warst immer ein unbeque-

Schwerpunktbereich lag sowohl im Bereich der Personalratsarbeit wie auch in der Gewerkschaftsarbeit darin, sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen der Geschlossenen Einheiten einzu-

Unterstützungseinsätzen deutlich verbessert haben.

Lieber Bernhard, mit dir geht viel Erfahrung und Wissen in den Ruhestand. Wir sind uns aber sicher, dass die Gewerkschaft der Polizei auch zukünftig nicht ganz auf dein Engagement verzichten muss. Es fällt schwer, einfach nur Danke zu sagen. Du hast dich mehr als 30 Jahre in die ehrenamtliche Tätigkeit der GdP eingebracht. In dieser Zeit hast du landesweit dafür gesorgt, dass die GdP in vielen Fragen zum Thema Geschlossene Einheiten innovativer Motor war.

Wir wünschen dir für deinen dritten Lebensabschnitt viel Gesundheit, damit du diesen so gestalten kannst, wie du es dir vorstellst.

D. H.



Der Leiter der Direktion ZA, Michael Wilhelm, versetzt Bernhard Schmidt in den wohlverdienten Ruhestand. Foto: Torald Wendt

mer Personalrat“ überreicht. Ein größeres Lob kann ein Personalrat gar nicht bekommen.

Fast 20 Jahre lang war Bernhard Schmidt freigestellter Personalrat. Sein

setzen. Er war auch immer ein Verfechter dafür, dass die Belange der Arbeitssicherheit auch bei der Polizei umgesetzt werden. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass sich die Unterbringungsstandards bei



NACHRUUF

- Georg Bontke**, 79 Jahre
Bezirksgruppe Dir 1
- Günther Jahn**, 78 Jahre
- Peter Luer**, 75 Jahre
Bezirksgruppe Dir 2
- Hermann Lorenzen**, 74 Jahre
Bezirksgruppe Dir 3
- Dieter Richter**, 73 Jahre
- Peter Kadler**, 72 Jahre
- Lothar Bischoff**, 71 Jahre
Bezirksgruppe Dir 4
- Gerhard Melitz**, 85 Jahre
- Lothar Plönzke**, 77 Jahre
Bezirksgruppe Dir 5
- Dieter Stange**, 76 Jahre
- Reinhard Bischoff**, 81 Jahre
Bezirksgruppe Dir 6
- Magdalene Karbe**, 91 Jahre
Bezirksgruppe ZSE
- Klaus Engel**, 81 Jahre
- Harald Ventur**, 72 Jahre
Bezirksgruppe Dir ZA

Anzeige

Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Reiselust ...

Keine Buchungsgebühren

Berlin Plus

Sie suchen sich Ihr Urlaubsziel aus den Katalogen von über 1.500 Veranstaltern aus. So wird's gemacht:
Faxen Sie Ihren Reisewunsch (Ziel, Dauer, EDV-Nr. pp.) an 0385-20841811.
(Formular unter <http://www.policyservice-mv.de>)
Für Rückfragen steht die Kollegin Jana Kleiner unter Tel.: 0385-20841817 zur Verfügung.
Sie werden in kürzester Zeit über Ihre Buchung informiert.

Mitglieder erhalten 5% Zuschuss.

Polizeisozialwerk GmbH
Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442
weitere interessante Angebote unter www.gdp-berlin.de



VERANSTALTUNGEN

Senioren

Dir 1

Nächstes Treffen am Montag, dem 8. 4. 2013, ab 13.00 Uhr im Landhaus Schupke, Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin. **Wichtiger Hinweis!** Wie bereits in der März-Ausgabe angekündigt, findet bei diesem Treffen die **Neuwahl des Vorstandes** statt. Wir bitten um rege Teilnahme bei der Wahl. Seniorengruppen-Vorsitzender Werner Faber, Tel.: 0 30/4 03 28 39.

Dir 2

Am Dienstag, dem 2. 4. 2013, um 15.30 Uhr im „Seniorenklub Südpark“ (Spandau), Weverstraße 38, 13595 Berlin, treffen sich die Senioren der Bezirksgruppe Dir 2. Nachfragen unter 0 30/2 75 10 07 bei Helmut Schröder, 1. Vorsitzender.

Dir 3

Die Senioren der Bezirksgruppe City treffen sich am Dienstag, dem 7. 5. 2013, um 16.00 Uhr im Lokal „FRABEA“, Afrikanische Str. 90/Otawistr. 1, 13351 Berlin, Buslinie: 221 (Haltestelle Otawistr.).

Hinweis: Bei diesem Treffen findet die **Neuwahl zum Seniorengruppenvorstand der BezGr City** statt.

Dir 4

Am Mittwoch, dem 10. 4. 2013, 16.00 Uhr, Restaurant „Adria-Grill“, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

Dir 6

Die nächste Seniorensitzung mit Kegeln findet am Dienstag, dem 16. 4. 2013, um 16.00 Uhr im Sportcasino des KSC, Wendenschloßstr. 182, 12557 Berlin, statt.

ZSE

Die Seniorengruppe ZSE trifft sich am Dienstag, dem 30. 4. 2013, um 15.00 Uhr im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Str./Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Am Dienstag, dem 2. 4. 2013, um 15.00 Uhr findet im „Gasthaus Koch“ in 12103 Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 68/Ecke Friedrich-Franz-Str., die Versammlung unserer Seniorengruppe statt. Als Gast erwarten wir die Leiterin der Konfliktkommission beim Polizeipräsidenten in Berlin, Frau Dipl.-Psychologin Christine Gerlach, die uns zum Thema „Mobbing innerhalb der Polizei“ informiert.

Am Dienstag, dem 16. 4. 2013, um 11.00 Uhr erhalten wir eine kostenlose Brauereiführung im BRAUHAUS MITTE in 10178 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 13. Für eine gewünschte Bierverkostung sind 4,00 € zu entrichten. Begrenzte Teilnehmerzahl! Anmeldung erforderlich! Wir treffen uns vor dem Inneneingang des Restaurants (Zugang von der Markthalle Karl-Liebknecht-Str.).

Vorankündigung:

Dienstag, den 7. 5. 2013, 15.00 Uhr, Versammlung im „Gasthaus Koch“ – Kollege Manfred Kirchhoff, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Berlin-Brandenburg im Bezirk Bundespolizei, berichtet über „Grenzprobleme heute“.

Dienstag, den 21. 5. 2013, machen wir mit dem Bus eine Tagesfahrt nach Rheins-

berg. Einzelheiten in der Mai-Ausgabe dieser Zeitschrift oder beim Vorstand der Seniorengruppe LKA. Begrenzte Teilnehmerzahl! Rechtzeitige Anmeldung erbeten!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 0 15 25-6 10 35 27 (gdp-phone) oder Martin Hoffmann, Tel. 0 30-61 29 37 75.

Die junge Seniorengruppe LABO

Am 17. 4. 2013, um 15.00 Uhr findet im Restaurant YASMIN, Wilhelmstr. 15 – 16 (Wilhelm/Ecke Hedemannstr.), 10963 Berlin-Kreuzberg, (Fahrverbindung: U-Bahnhalte Kochstr. oder Hallesches Tor) unsere Seniorensitzung statt. Kollege Ulli Thoms wird einen Vortrag bzgl. der aktuellen Steuererklärung halten.

Astrid Schindler, Tel.: 89 72 63 78.

Zu allen Treffen sind interessierte Mitglieder, Ehe- bzw. Lebenspartner herzlich eingeladen und willkommen.

Treffen der ehemaligen Kollegen der TEB 3 am Donnerstag, dem 11. 4. 2013, um 10.00 Uhr im „Haus des älteren Bürgers“ in Berlin-Neukölln, Werbelinstr. 40.

Anmeldung bei Bernd Proske. **Achtung, falsche Telefonnummer in der letzten DP, richtig ist die Tel.-Nr.: 0 30/ 6 62 18 18.**

Anzeige

PSW-Partner

Kristall Schwimm&GesundheitsCenter Ludwigsfelde GmbH

Angebot verlängert bis einschließlich 2013

Gegen Vorlage Ihres GdP-Ausweises erhalten Sie für sich und Ihre Familienangehörigen an der Kasse einen Sofortrabatt **in Höhe von 20 %.**

Für alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei gilt ab sofort ein spezieller Sondertarif.



Übrigens... lohnt sich schon ein Anruf unter 03378/518 79 – 0 oder ein Besuch auf unserer Homepage unter www.kristall-saunatherme-ludwigsfelde.de.



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 6

Am 18. 4. 2013, 16.00 Uhr, Kantine Poelchastr. 1, 12681 Berlin.

LKA

Am 18. 4. 2013 um 15.30 Uhr, Bayernring 44, Raum 331 (Bitte den Eingang Tempelhofer Damm 12 nutzen!), 12101 Berlin.

ZSE/Stab PPr

Am Donnerstag, dem 18. 4. 2013, um 16.00 Uhr im Restaurant „Kaiserhof Gaststätte“, Stresowstr. 2 (Verl. Freiheit), 13597 Berlin-Spandau, S-Bahnhof Stresow.

DIE GdP GRATULIERT

Geburtstage

80 Jahre

Gisela Werchau, Direktion 2, **Rudi Reschke**, Direktion 3, **Ingeborg Herrmann**, Direktion 6, **Horst Dettmann**, Direktion ZA, **Günter Hake**, Zentrale Service Einheit

85 Jahre

Gerd Radtke, Direktion 2, **Joachim Nieder**, Direktion 3

90 Jahre

Traugott Ney, **Edelgard Ehrsam**, **Werner Kleinert**, Direktion 4, **Herta Hintze**, Zentrale Service Einheit

91 Jahre

Rudolf Mager, Direktion 3

92 Jahre

Charlotte Grothusen, Direktion 1, **Rudolf Lange**, **Leo Grubert**, Direktion 6

93 Jahre

Hanne Welzel, **Hildegard Pahnitz**, **Edith Pöppel**, Direktion 5, **Paul Witt**, Direktion Zentrale Aufgaben, **Herbert Wiesner**, Zentrale Service Einheit

94 Jahre

Alfred Liebchen

95 Jahre

Hans-Jürgen Schmidt

101 Jahre

Edmund Kaestner

Jubiläen

25 Jahre

Jochen Anders, **Wolfgang Birker**, **Peer Briddigkeit**, **Simone Burchardt**, **Andreas Burrasch**, **Wolfgang Ernst**, **Rene Genske**, **Wolfgang Gottschalt**, **Wolfgang Heinz**, **Guido Hilbig**, **Winfried Honig**, **Frank Kaltenbach**, **Carsten Kostrzewa**, **Christian Lesser**, **Charlotte Liehr-El Ghazi**, **Uwe Mattukat**, **Karsten Meidl**, **Klaus Niemann**, **Christian Puschmann**, **Silvia Rathmann**, **Uwe Römermann**, **Dirk Röseler**, **Martina Sander**, **Karin Schmidt**, **Roman Seifert**, **Ronald Sohn**, **Charly Sonnenberg**, **Alexander Steffens**, **Hans-Uwe Stöhr**, **Horst Strehlow**, **Michael Vögeli**, **Hans Wallat**, **Sylvia Waschke**, **Andres Wefeld**, **Dirk Weiland**, **Thomas Wende**, **Thomas Wolff**

40 Jahre

Klaus Getzkow, **Gerhard Haller**, **Horst Hugo**, **Wolfgang Marquardt**, **Wolfgang Otto**, **Wolfgang Runge**

50 Jahre

Klaus Dettmann, **Herbert Froberg**, **Wolfgang Hoffmann**, **Lothar Kuhnert**, **Rudolf Lehmann**, **Harald Manthey**, **Joachim Roesler**, **Horst Tomczak**, **Günter Trepte**, **Horst-Giselher Wahl**, **Walter Werner**

60 Jahre

Gerhard Gottwald, **Alfred Liebchen**

Anzeigen

Das Polizeisozialwerk informiert

der nächste Urlaub kommt bestimmt -

Warum nicht mal Florida!



Alle Mitglieder der GdP und deren Angehörige erhalten bei Buchung im TIDE einen Preisnachlass von 10 %.

Bitte beachten: Bei Buchung den Code **Gewerkschaft der Polizei** unbedingt angeben. Nur so kommen Sie in den Genuss des Nachlasses.

Nachträgliche Codenennung ausgeschlossen!

Tide Vacation Apartments
2800 North Surf Road
Hollywood, Florida 33019
Tel.: 001 954 923 3864
Fax: 001 954 923 8510
E-Mail: tide@tidevacation.com
www.tidevacation.com
Bürozeiten: Mo-Sa 10-17 Uhr (USA-Zeit)
entspricht 16-23 Uhr (deutscher Zeit)

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 25 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030-605 1001**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

